

Neuer Anzeiger

№ 75

Donnerstag, den 26. Juni 1930

43. Jahrgang

Die Sachsenwahlen.

Nationalsozialisten gewinnen 243 000 Stimmen.

— Dresden, 23. Juni.

Am Sonntag fanden in Sachsen die Wahlen zum Landtag statt. Nach den bisher vorliegenden Berichten kam es nie hier und da zu kleineren Kämpfen, namentlich zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Die Wahlteilnahme war höher als in den letzten Jahren und betrug in den Südländern etwa 75 Prozent.

Das Wahlergebnis zeigt ein außerordentlich starkes Anwachsen der Nationalsozialisten

vor allem auf Kosten der Deutschnationalen. Auch die Deutsche Volkspartei hat stark an Stimmen verloren, ebenso wie die Demokraten. Etwas geringer sind die Verluste der Sozialdemokraten.

Das Gesamtergebnis.

Das Gesamtergebnis der Landtagswahlen im Freistaat Sachsen ist folgendes: Gesamtzahl der gültigen Stimmen 2 611 917 (2 702 183). Sozialdemokraten 874 327 (922 832), Deutsche Volkspartei 227 319 (363 382), Kommunisten 555 552 (345 530), Wirtschaftspartei 276 702 (304 884), Deutschnationale 124 300 (218 309), Landvolk 120 497 (140 611), Nationalsozialisten 243 000 (376 724) (133 958), Demokraten 83 874 (109 289), Volkspartei 12 723 (14 311), Liste für Sozialdemokratische Partei 19 197 (39 588), Volkstionale Reichsvereinigungen 39 153 (—), Kommunistische Opposition 14 827 (22 129), Christlichsozialisten 57 408 (—).

Die Mandatsverteilung auf Grund der abgegebenen Stimmen ist folgende:

Sozialdemokraten 32 (33), Deutsche Volkspartei 8 (13), Kommunisten 13 (12), Wirtschaftspartei 10 (11), Deutschnationale 5 (8), Landvolk 5 (5), Nationalsozialisten 14 (5), Demokraten 3 (4), Volkspartei 2 (3), Liste Sozialdemokratische Partei 0 (2), Volkstionale Reichsvereinigungen 2 (0), Kommunistische Opposition 0, Christlich-Sozialisten 2.

Zorfschreitende Zerspaltung.

Ju den Wahlen in Sachsen.

— Berlin, 24. Juni.

Was wir in Deutschland nun schon so oft erlebt haben, ohne daß die Parteien die notwendige Lehre daraus zogen, das hat sich in Sachsen wieder gezeigt. Kennzeichen der sächsischen Wahl ist die fortdauernde Zerspaltung. Nicht von neuen Gedanken, die für die kommende politische Entwicklung in Sachsen aufschreiend wären. Als politische Lehren und Entscheidungen, die sich nach dieser Wahl ergeben, hätten vor der Wahl in die Tat umgesetzt werden können. Wenn in Sachsen sachgemäß und mit einer festen Weisheit regiert werden soll, dann bleibt nur die Große Koalition mit Einschluß der Wirtschaftspartei übrig. Der Wandertreibenswunsch weiterhin die Mitte. Die Volkspartei zählt zusammen mit den Deutschnationalen die Hauptkosten dieses Wahlkampfes. Beachtenswert ist, daß auch die Wirtschaftspartei in Sachsen diesmal verloren hat.

Sieger im Kampf sind die Nationalsozialisten.

Das war vorzuziehen, und man möchte beinahe sagen, daß es gut ist, daß es so wurde. Die bürgerlichen Parteien brauchen allein nach einem Aufwachungsunterricht. Wie weit sie mit ihrer verfehlten Taktik kommen, diesen Aufwachungsunterricht werden ihnen die 14 Nationalsozialisten jetzt erteilen. Die Demokraten müssen von ihren vier Mandaten auch noch eins abgeben. Auch die Volkspartei hat wieder verloren, aber sehr Maßraum ist nun zum

erhalten mit seinen Jungdeutschen in den Wahlkampf gezogen, und es ist der Reiz der Neugier gewesen, der ihm rund 40 000 Stimmen gebracht hat. Außerdem konnten die Christlich-Sozialen zwei Mandate buchen.

Nichts weiter ist geblieben, als daß die bürgerlichen Parteien weiter gesplittert, als daß die Parteien der Mitte weiter geschnitten sind.

Und diejenigen Ideologen, die von einem ungeheuren Aufschwung geträumt haben, die sehen ja nun, was daraus geworden ist. So sollen nun die Sachsen leben, was sie mit diesem Wahlergebnis machen. Welche Regierungsmöglichkeiten sich aus diesem Resultat ergeben, läßt sich zurecht noch nicht eindeutig übersehen. Eine tragfähige Regierung ist überhaupt nicht mehr denkbar. Zunächst wird erst einmal eine allgemeine große Verärgerung Platz greifen, die nur dadurch herabgemindert ist, daß es den Kommunisten nicht gelungen ist, weitere Erfolge zu erzielen. Daß die sächsischen Wahlen im Reich eine Auswirkung haben werden, kann wohl als ausgeschlossen gelten. Wenn etwa Herr Brüning glauben sollte, daß durch dieses Ergebnis die Entschuldigungen der Fraktionen seien schlechten Steuererlagen gegenüber anders ausfallen sollte als bisher, so würde sich der Reichstangler in einem liberaleren Derrum befinden.

Hilfe und Agrarprogramm.

Die verschiedenen Abstimmungsresultate.

— Berlin, 25. Juni.

Präsident Ebe eröffnet die Reichstagsitzung am 11. Jhr. Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsernährungsministeriums wird fortgesetzt.

Abgeordneter F r e y b e (Wirtschafts) erklärt, die letzten Rechnungen auf polypolitischen Gebiet hätten leider nicht zu positiven Ergebnissen geführt. Man müsse nach anderen Mitteln suchen, um den Bedarf der landwirtschaftlichen Produkte zu decken. Der Redner beantragt, daß den Erwerbslosen ein Teil ihrer Unterbringung in Form von Roggenbrotzwecken gegeben wird. Die Finanz vor dem Zeit sei geradezu zu einer pietätvollen Seite geworden. Abgeordneter M a c h e (Soz.) beantragt, daß die Sozialdemokratie dem feinen Landwirt im Osten helfen wolle. Sie wende sich aber gegen, daß die Hilfe zu einer Subventionspolitik zu Gunsten der Großgrundbesitzer gemacht wird. Abgeordneter F r y e, n o n A h e i n d e n (D. V.) begrüßt das Hilfsangebot und nimmt seinem Grundgedanken zu, daß die Landwirtschaft haben in den Vordergrund gerückt werden muß. Als schlechter Abgeordneter wolle er befürworten, daß die große Notlage in den sächsischen Grenzbezirken hin. Abgeordneter H e n n e b u r g (Dem.) erklärt, die Gemeinnützige Vereinigung sei ernst, aber nicht befriedigend. Zu großer Respektlosigkeit könne nur schaden. Die Zukunftsarbeit mit Breußen habe sich gut bewährt. Abgeordneter G r a f E u l e n b u r g (Dnat.) weist darauf hin, daß selten ein Kabinett hochgepannte Erwartungen seiner Anhänger so reich und gründlich enttäuscht habe wie das Kabinett Brüning-Rothemann. Diese Enttäuschung wolle sich auch in der Landwirtschaft aus.

Von den Kommunisten ist ein Mißtrauensantrag gegen den Reichsernährungsminister Scheele eingegangen.

Reichsernährungsminister Scheele

geht dann auf die in der Aussprache aufgeworfenen Fragen ein. Er stellt fest, daß das Agrarprogramm ein Kernstück der zentralistischen Bedeutung in der Wirtschafts-, Sozial- und Bevölkerungspolitik der Reichsregierung darstelle und daher sorgfältige Beachtung aller Gesichtspunkte zweisei er nicht daran, daß

die Durchführung der Hilfe zum Segen des Ostens und der gelamten deutschen Wirtschaft erfolgen werde. Der Minister wendet sich dann gegen die sozialdemokratischen Streikungsanträge. Es ist natürlich nicht möglich, mit einem Schläge die Getreidepreise in die Höhe zu treiben nach der Jahrmarktsparole: wer trinkt, wer pflügt den Lutas in die Luft (Heiterkeit).

Abgeordneter H e r b e r t F r a n k e n (Bayer. Vp.) erklärt, den Landwirten sei mit dem guten Rat, den Roggenanbau einzuführen, nicht geholfen. Abg. K e r s t b a u m (Bay. Bauernbd.) beantragt, daß sich die Bierpreisoberhöhung zum Nachteil der Konsumenten ausgewirkt habe, obwohl von den Brauereien beträchtliche Dividenden gezahlt würden.

Die Beratungen werden darauf zur Vornahme der zurückgebliebenen

Abstimmungen

unterbrochen. Zunächst wird über den Haushalt des Innenministeriums abgestimmt. Eine große Anzahl von Ausschüssen beantragt Entschuldigungen sind angenommen. I. a. wird darin gefordert die Vorlegung von Gelegenheitsurteilen über die Reichsreform und über die Schaffung einer allgemeinen Reichsangehörigkeit, Befestigung des Kulturbolismus, Maßnahmen gegen die Herabsetzung und Verächtlichmachung der Weltanschauung und des Religions, reichsweite Regelung zugunsten der Unterbringung der aus Vertriebsstellen verdrängten Privatbeamten, Angestellten und Arbeiter, einheitliche Regelung der Schulfächer im Reich, Förderung der Grenzgebiete im Osten, Erhaltung des Weisheitsgesetzes Maßnahmen gegen die Notlage der baulichen Hochschulen und der Hochschulen in den Grenzgebieten, Angliederung des Museums Alexander König in Bonn an die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, sowie im Zusammenhang mit dem Schiefer Unglücksfall eine ernste wissenschaftliche Untersuchung über alle Arten von Impfsungen mit Giftstoffen.

Der Haushalt des Innenministeriums wird in der Ausschussfassung angenommen, ein Antrag der Wirtschaftspartei, die Gehaltsausgaben um 5 Prozent zu kürzen, gegen die Antragsteller und einige vorkommende Abgeordnete unter Führung des Abgeordneten Dr. Ermer abgelehnt.

Zugefimmt wird weiter Zuspruchsanträge, die ein härteres Vorgehen gegen die Prostitution auf den Straßen, Herabsetz der Beiträge von Schynmitten gegen Geschlechtskrankheiten durch Automaten und anderes fordern. Ein nationalsozialistischer Antrag auf Aufhebung des Schachmibverbots in Rheinland-Westfalen wird gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen abgelehnt.

Es folgen die Abstimmungen über den Haushalt des

Ministeriums für die besetzten Gebiete. Angenommen wird dabei eine Entschuldigungs des Zuschusses, in der mit dem Dant an die Rheinische Bevölkerung dem Schmerz darüber Ausdruck gegeben wird, daß die neutralisierte Zone nach den Bestimmungen des Versailles Vertrags durch die einseitige Entmilitarisierung weiterhin minderen Rechts bleibe und daß das Soargebiet noch nicht seinem Mutterlande zurückgegeben ist. Der Reichstag hege diesen Zustand einpendend den Wunsch, daß die Befreiungsfeierlichkeiten in Aachen in erster, würdiger Weise sich der schweren Lage unseres Vaterlandes anjupieren mögen. Die Reichsregierung wird ersucht, darauf hinzuwirken, daß statt zahlreicher Vereins- und Organisationsfeiern nur eine einzige, würdige Feier in den befreiten Gebieten stattfinden. Zugestimmt werden die Entschuldigungen angenommen, die sich mit den freierwerbenden Grundbesitzern und



88. Fortsetzung

Eine glänzende Versammlung, Männer von hohem Rang in feiner West des äußeren Scheins, mit vornehmer Würde im Schmutz äußerer Ehren und goldbestäubter Uniformen. Und zwischen ihnen er — in schlafender, schwarzem Gewand, aber auf der Stirn gewöhnlichen Stirn das höchste Ehrenzeichen, das keine Dürftersgabe verleiht kann.

Nach Trompetengeläute und Chorflang die großen, tönenden Worte, die dem vollendeten Werte galten, seine genaue Bedeutung den herbeistrahenden Tausenden hinderten. Hinführen der hoch hinaufgehenden vobühnen auf den unauflöslichen vordemsträngenden Siegeszug der Reduit freilich aus ein ernster, stiller Seitenblick hin zu dem, was gefallen war unter dem malenden Titel des neuen, eigenen Zeitalters: Den Männern von Müdig und ihren Lebensgeheimnissen im rauhen Grunde, die von ihrer Scholle hätten gehen müssen, ein ehrendes Gedenken ihrer schweren Opfer: — Es gab den ihnen Erbe und den eigenen Verd.

— Doch von den Besiegten hin zum Sieger! Und nun richteten sich die Augen all der Tausende auf ihn, zu dem sich hielt der vornehmste Sprecher wach, mit gutwillig anerkennender Gebärde. — Da steht er vor uns, der Mann, dessen Haupt der schäberrische Gedanke entspringen! Seine gigantische Wucht überkommt uns heute voll angedichteten Mienemalls aus Eudenden, die dem Antrabenden einm entzifferten Ereignis freigen zu lassen scheinen. Mit fast benehmerer Nähe ist erjont, doch mit lächeln Schamfittin durchdracht in seinen Einzelheiten, und mit schlüssener Energie dann durchgeföhrt, allen Hindernissen zum Troz, in jahrelangem Mühen, so steht heute das vollendete Werk vor uns — sich selber zum Ruhme und dem Manne, der es geschaffen!

Und wieder Sanjarengelgämetter, brausende Jurse der Tausende, aber stark steht der, dem die Halbigung gilt. Blick im Bewußtsein des Augenblicks, doch im Mühen jede Mühe geföhrt und mit Blumenschleife er danach geehrt. Er weiß, was er wert ist! Wohl hat er sich einmal einen Kopf gehakt in dieser Stunde an Ziel. Aber wo waren die Augen, deren stammes Aufleuchten über die Köpfe der Tausende hinweg sein Zug voller Stolz hätte aufschlagen lassen? —

Und die, der sein Gebenken galt inmitten des brandenden Bejühndels, sah einlam in selbstmüderischem Gewand. Warum hatte alles so kommen müssen? Ach, daß sie damals, wo ihr Schicksal noch in der Hand gehakt, so törtig unehrlicher gewesen war! Sich selber und dem Manne gegenüber. Warum war ihr damals noch nichts zu eigen von dem Wissen, das ihr dann die Ehe gebracht, in bitterem Zeit? Warum nicht ein Funken nur von dem großen Versehen der alten Frau da branten, die mit einem einzigen, Augen Wort den Schicksal gefunden zu seinem Wesen, das sie erstrecht und davongeföhrt hatte damals im Aufblenden ihres höchsten Mühenstolzes. Warum — warum nicht?

Eine tiefe Bitterkeit quoll in ihr auf. Was hätte das Leben für einen Sinn, das dem Menschen das Erkennen erst immer nachher gab, wenn es zu spät war, nur, wie um ihn grauam und böhnvoll zu quälen? Doch plötzlich sprach Er empor. Der Grund bebte und schütterte unter ihren Füßen, zugleich ein donnernd aufblühendes Strahlen, als ob die Erde bestie bis in ihre Grundfelsen. Welt aufgeföhrt strahlen ihre Augen zu Zal, zum Unterbau hin. Dort branten eine feuerfäule, tiefenhoch, dann schilligmarze Finsternis. Der Boden war hinauf zum Himmel geföhrt worden, mit allen, was er trug.

Minutenlang stand diese gigantische Rauchwolke in der Luft und verdunkelte die Sonne. Zum Grausen umgewandelt. Dann senkte sie sich langsam nieder, ein ungeheurer Schrecken, und nun geföhrteten die letzten grauen Schleiher, das Werk der Bestürzung ward dem Auge offenbar. Und Er sah: wo eben noch das

Dorf gestanden, all die menschlichen Wohnstätten — nichts mehr, nichts! Ein einziges weites Dreimarsfeld, grau, schwarz, wüdes. Blöß hier und da wärlische Mauerteile, noch ein Stückchen Wald mit bon erkennbarer Rest einer Feindtrümmung. Nur abwärts, dritten am Mühen lagte, ragte es noch aufrecht, der Stumpf des Turmes. Mühen durchgeföhrt von der Gewalt der Explosion, war die eine Hälfte des unteren Stockwerks hergeföhrt. Wie ein fiederlich verformtes Wädel — ein grauerer Anblick.

Regungslos stand Er und blickte nieder auf die Stätte der Bestürzung. Ein Bild ihres eigenen Innern. Und ihre grenzenlose Verlassenheit ward ihr von diesem Anblick benannt, wie noch nie in all der Zeit ihres Alleinlebens.

Wäre sie hier auf der Bank nieder. Sie sah hinein in sich selber und in ihre Zukunft.

Was sollte mit ihr werden?

Alles, was ihr betrauert und heimlich gewesen, fter war es hingefallen. Die Wasser werden es beden, die nun zu rauhen begannen da drinnen. Nichts hielt sie hier mehr. Aber wohin nun mit ihr? Dies warliche Verwundenes, wie bisher in ihrem Wühenjahr, war doch nur ein Vorbehalt gewesen. Sie war feiner jener leicht beschwingten Zugvögel, die mit der Saison von Ort zu Ort flatterten, wie sie lo, viel da branten getroffen. Weis, sie war eine Natur, die durch Schlagen müde, tief und fest, sollte sie weiterleben.

Über wo fand sie noch einmal Heimatboden?

Lange kam Er vor sich hin.

Endlich blickte sie wieder auf. Ihr Auge fiel leicht drüber auf den Bergang über dem Dberdorf. Schmer und mühe lagen da die Weranlagen von Christiansgädel. Gelehrt wurde heute auch dort droben. Die fiedernden henden füll. Die Wärlige an den Boden, fter ruhen. Aber aus den Wärligen, aus den Essen, der Kesselfäule, wo die Feuer nicht erlalten durften, flog leicht und immerwährend der Dampf und floß aufeinander zu einem warmen, feuchten Webem.

(Fortsetzung folgt.)

Nebrer Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Ercheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Kobleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Kobleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Kobleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen folgen: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Hellmetell 20 Pf. Anzeigenannahme an Donnerstagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtparisse Nebra — Bankverein Arttern.

Nr. 75

Donnerstag, den 26. Juni 1930

43. Jahrgang

400 Jahre Augsburger Konfession. Aufsatz zur Feier.

Augsburg, 24. Juni.
In Augsburg fand zur Einleitung der Augsburger 400-Jahr-Feier, ein evangelisches Gottesfest, statt. Die Zahl der auswärtigen Teilnehmer wird auf etwa 50 000 beziffert.
Zusammen mit der Augsburger Bevölkerung ergibt sich eine Gesamteilnehmerzahl von mehr als 100 000 Personen.

Die ganze Stadt prangt im Festschmuck. In sämtlichen evangelischen Kirchen der Stadt, in den großen Sälen und teilweise auch im Freien fand am Sonntag vormittag 21 Festgottesdienste statt. Es folgte die Aufführung des Festspiels „Das Bekenntnis von Augsburg“ von Seminarlehrer Prof. Dr. Schieder aus Nürnberg.

Am Nachmittag erfolgte der historische Festzug. Die 25 Bilder aus der weltlichen und kirchlichen Geschichte Augsburgs, die von 2000 Teilnehmern dargestellt wurden, ergaben eine Schau von außerordentlicher Schönheit und von kulturhistorischem Wert.

Zum Schluss des evangelischen Festtages fanden sich dann die Zehntausende noch einmal unter freiem Himmel in der Maximilianstraße zusammen. Ob. Regierungsrat Prof. Dr. Bachmann-Erlangen, Präsident D. Wurm aus Stuttgart und Schöpfer der Augsburger Konfession, legten noch einmal den Sinn der Feier zusammen: Es gelte, das Bekenntnis der Väter jetzt durch die Tat zu erneuern im privaten und im öffentlichen Leben. Zeichen der Zeit deuteten auf Kampf.

DiETRICH fast entschlossen.

Die Regierung will mit Artikel 48.

Berlin, 25. Juni.

Die Entschlossenheit der Lage hat die Verantwortlichkeit der Hebrerminister Dr. Dietrich noch näher gerückt. Im Kabinett jedenfalls, das am frühen Vormittag zusammenkam, hat eine weitgehende Annäherung der Entschlüsse stattgefunden. Der endgültige Entschluss sollte in einer zweiten Kabinettsitzung am Abend fallen, insofern hinsichtlich der Belegung der Finanzministerie im Bezug auf die Stellungnahme der Regierung zu den finanzpolitischen Forderungen der Deutschen Volkspartei.

Die Vorschläge des Ministers Dietrich sehen einen Zuschlag zur Einkommensteuer für die höheren Einkommen vor, außerdem eine vierteljährig gefällte Sondersteuer für die Beamten, eine Schenksteuer, an der das Reich und die Gemeinden teilhaben sollen, eine Reform der Arbeitslosen- und Krankenversicherung und größere Erparnisse im Etat.

Das würde, falls das Kabinett schließlich seine Zustimmung erteilt, eine weitgehende Aenderung der bisherigen Vorschläge bedeuten, die bisher in Regierungskreisen immer wieder abgelehnt worden war. Da sich die Vorschläge, wenn auch nicht in den Einzelheiten, so doch in den Grundzügen, vielfach mit den von den Sozialdemokraten beschlossenen Richtlinien berühren, wäre auch eine Unterstützung von dieser Seite nicht völlig ausgeschlossen. Welche Schritte der Regierung zu erwarten, ist sie sich zu sichern.

Da aber das Ergebnis solcher Bemühungen ungewiss und daher der mindestens noch ungewissen Haltung der Deutschen Volkspartei eine Mehrheitsbildung sehr fraglich ist, wird wieder einmal mit dem Artikel 48 gewinkt, was die Stimmung in den Parteien gegenüber der Regierung um so verheerter. Der Artikel 48 bedeutet in kürzester Frist Zusammenbruch, und was diese bringen können, darüber wird man sich nach dem Ergebnis des nächsten Wahlskampfes doch nicht völlig im Unklaren sein können. Die Lage wird also selbst dann äußerst kompliziert bleiben, wenn die Krise im Kabinett geschlossen wird.

Vorschläge zur Finanzreform.

Programm der Sozialdemokraten.

Berlin, 24. Juni.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion veröffentlichte die von ihr ausgearbeiteten Richtlinien zur Wirtschafts- und Finanzpolitik. In diesen Richtlinien werden die Pläne der Regierung kritisch abgelehnt, weil sie zu weiteren ungewissen Bemühungen führen und das Wirtschaftsleben aufs neue mit Verunsicherung der Massen konfrontieren würden. Als geeignete Wege zur Lösung der finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten werden — unter Ablehnung jeglicher Lohn- und Gehaltsentzügen — vorgeschlagen:

Allgemeiner Abbau der Preise durch Anwendung der Kartellverordnung, Herabsetzung der Zölle und Befreiung der Kaufmännereinkommen, Spärung neuer Arbeitsbeschäftigung durch sofortige Ratifikation der vorbereiteten Handelsverträge und des Genfer Abkommens über den Zolltarif, durch Ermäßigung des Diszontsatzes der Reichsbank, Heranziehung von Auslandsanleihen für den Kleinwagnungsanbau und durch Finanzierung von Kleinbauern, Post- und Fernsprechanlagen sowie durch beschleunigte Verwirklichung des Arbeitsbeschäftigungsgesetzes. Die sozialen Verpflichtungen des Reiches sollen unangefastet bleiben.

Erparnisse sollen an den Ausgaben für militärische Zwecke, für den auswärtigen Dienst, für hohe Pensionen und Gehälter und durch Anrechnung privaten Einkommens

auf Aufgeböhrt und Vorkriegsgeld gemacht werden. Dann noch notwendige neue Einnahmen sollen durch einen allgemeinen 10% Zuschlag zur Einkommensteuer auf die höheren Einkommen und daneben, nur wenn es unvermeidbar ist, auch durch Heranziehung derjenigen Volksschichten aufgebracht werden, die nicht der Gefahr der Erwerbslosigkeit ausgesetzt sind. Für die Gemeinden wird eine Schenksteuererhöhung vorgeschlagen, die Bürgerabgabe abgelehnt.

Neugliederung des Reiches.

Bedeutungsvolle Vorschläge der Länderkonferenz.

Berlin, 25. Juni.

Zu den Beratungen und Beschlüssen des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz für die Reichsreform erfahren wir folgende Einzelheiten:

Da die jetzige Gliederung des Deutschen Reichs in seine ganz verschiedenen großen 17 Länder als Quelle der Verfassung und Lebens unersetzlich ist, haben sich die Verhandlungen zunächst der Frage zugewandt,

wie das deutsche Reichsgebiet zweckmäßigerweise aufgeteilt werden soll.

Dabei liegt die Schwierigkeit hauptsächlich in der Frage, was aus Preußen werden soll, das über zwei Fünftel des Reichs deckt. Eine Neugliederung des Reichs konnte man auch nicht näher treiben, ohne sich darüber klar zu sein, welche Funktionen Reich und Glieder künftig zu übernehmen haben.

Ein Einheitsstaat ohne Gliederung des Reichs in Länder würde allgemein als unmöglich abgelehnt.

Deshalb suchten die Verhandlungen, eine Aufteilung des Reichs in Länder beizubehalten, jedoch eine zweckmäßigere Form für diese Länder zu finden.

Die Reichsregierung und die preussische Zentralregierung sollen vereinigt werden.

Die preussischen Ministerien von den Reichsministern übernommen, alle preussischen Behörden Reichsbehörden werden. Das Reich selbst bleibt in Länder gegliedert, die etwa von der Größe der preussischen Provinzen und der größten angrenzenden Länder sein und für das gesamte Reichsgebiet eine gleichmäßige Mittelverteilung schaffen sollen.

Der Verfassungsausschuss hat sich nicht entschlossen, die Länder ganz einheitlich zu gestalten.

Bei der Dezentralisation der gesetzgebenden und verwaltungsmäßigen Befugnisse der Länder ersehen eine besondere Behandlung der Länder Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden in der Verfassungsausschuss geboten. Die vier genannten Länder sollen deshalb eine Stellung erhalten, die der Stellung der heutigen Länder nahekommt.

Schwierig ist die Frage zu lösen, wie für die Länder neuer Art die Gesetzgebung einzurichten ist.

Der Beschluss des Verfassungsausschusses läßt es dahingestellt, ob der allgemeine Weg der Gesetzgebung gewahrt werden soll, oder ob an die Stelle sämtlicher Mitglieder des Reichstags oder Reichsrats die von den Ländern neuer Art entsandten Mitglieder treten sollen.

Die Zuständigkeit des Reichs mit der Verfassungsausschuss auf all den Gebieten erhalten, auf denen Lebensfragen des Reichs beruhen;

Zusätzliches, Heer und Marine, Finanzen, Reichsbahn und Reichspost sollen insbesondere ausschließlich von Reichsbehörden oder Reichsanstalten verwalten werden. Der Vorschlag des Unterstaatssekretärs, auch die Aufsichtverwaltung reichsweit zu gestalten, ist der Zustimmung nicht beigetreten.

Für die Länder neuer Art wird die Verfassung durch die Reichsgesetzgebung festgelegt.

Eine Zuständigkeit zur Gesetzgebung haben die neuen Länder nur insoweit, als sie ihnen besonders übertragen wird. Polizeiverwaltung, Polizeiaufsicht über die Gemeinden und die berufständliche Selbstverwaltung, Gewerbeaufsicht, die kirchlichen Angelegenheiten, die wissenschaftlichen, bisher staatlichen Anstalten und die inneren Schulangelegenheiten einschließlich der Schulaufsicht gehören danach in den Ländern alter Art zur Zuständigkeit dieser Länder, in den Ländern neuer Art gehören sie zur Zuständigkeit des Reichs.

In den Ländern neuer Art soll sogar die Landesregierung über die Dauer der Wahlperiode hinaus bestellbar werden können.

Wenn nach der Landesverfassung der Reichsregierung das Recht vorbehalten ist, die Mitglieder der Landesregierung zu bestätigen und unter den gleichen Voraussetzungen wie gegen einen Reichsbeamten ein Dienstvertragsverhältnis mit dem Ziele der Dienstentlassung einzusetzen.

Zwecks Erzielung eines möglichst fruchtbringenden Verwaltungsebens sollen die Reichsbehörden in jedem Landesbezirk zusammengefasst werden und eine möglichst enge Zusammenarbeit zwischen ihnen und den Landesbehörden stattfinden.

Um eine Verwaltung mit möglichst weitgehender Dezentralisation an die Länderdienststellen der Reichsgesetzgebung zur Verfügung zu stellen, soll eine neue Art der Verwaltung, die Auftragsverwaltung, eingeführt werden.

Den Vorschlägen des Verfassungsausschusses wird weder der Vorwurf erpart bleiben, daß er Preußens Zerstückelung bedeute, noch der gegenteilige Vorwurf, daß bei ihm Preußen an Stelle des Reichs getreten sei. Hierüber zu urteilen, ist Sache der politischen Entscheidung. Erst wenn festgelegt ist, wie künftig die Länder im Deutschen Reich gestaltet sein

werden und mit welcher Zuständigkeit sie ausgestattet sind, kann der Frage der Gliederung im einzelnen und der Frage der Teilung der finanziellen Einnahmequellen zwischen Reich und Länder näher getreten werden.

Schiele über Zollschutz.

Der Haushalt des Reichsernährungsministeriums.

Berlin, 24. Juni.

Präsident Lobe eröffnet die Sitzung um 12 Uhr und teilt mit, daß Dr. Wolbenhauer von dem Amte des Finanzministers erwidert und der Reichstagsrat für den vorläufigen Wahrgang der Gesetze betraut ist.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Haushalts des Reichsernährungsministeriums.

Verbunden mit der Beratung sind das Milchgesetz, das Weingeist- und das Milchgeleit.

Reichsernährungsminister Schiele

wies in einer längeren Rede darauf hin,

daß die deutsche Butter-, Käse- und Milchproduktion infolge des internationalen Ueberangebotes einen ausserordentlichen Zollschutz bedauere, um eine wirksame Besserung der Inlandspreise zu erzielen.

Aber gerade hier seien der Regierung noch die Hände gebunden. Diese Bindungen seien durch das neue, dem Reichstag vorliegende Zollgesetzkommen mit Finnland noch verschärft worden. Damit sei für die deutsche Landwirtschaft eine Lage geschaffen, die von ihr mit Recht als nicht tragbar angesehen werde. Er könne jedoch zu seiner Freude mitteilen, daß die seit längerer Zeit laufenden Verhandlungen privater deutscher und finnischer Wirtschaftskreise einen befriedigenden Verlauf genommen hätten. Er traute daran die Hoffnung, daß es schon in naher Zeit gelingen werde, zu einer freundschaftlichen Vereinigung der unritirierten Fragen zu kommen.

Abg. Schmidt-Cöpenick (Soz.) bezeichnet es als einen Unfug, daß sogar im Weltmarkt Deutschlands noch Hoheitsgebiete existieren. Die deutschen Landwirte sollten endlich zu einer vernünftigen Verhandlung über die Produktion kommen. Die Sozialdemokratie lehne die Mittel für die Zollgesetzgebung ab. Sie vermittele auch eine Begrenzung des Importes der Milch. Die Gebietsverträge im Osten seien für die Bauern zu bedauern, man müsse sich aber endlich damit abfinden. (Lebhaftes Unruhe und Rufe rechts: Niemals!) Abg. Hergt (Dnt.) begrüßt die Vorlegung des Milchgesetzes, das endlich eine einheitliche Schutzzollpolitik ermöglichen sollte. Die Milchpreise lie eine der vornehmsten Aufgaben des deutschen Volkes. Das ganze Milchgesetz sehe und falle mit der Art seiner Durchführung. Sie müsse in die Wege geleitet werden.

Der Programm bei dem

in Mümmung als

18. Sitzung zu

stättiges Hoheits

Landwirtschaft

schwer zu leiden.

da nicht helfen.

zu werden. Bei

ende Arbeit, die

geteilt werden

die der bäuerliche

danft der Regie-

Angenommenes

geheleges

Blie der hange-

breitenden In-

produkte im So-

le (Komm.) er-

von den Sozial-

in verklärtem

hnsfi.

verhießen

25. Juni.

heit des Bojewo-

Parteien einer

Der Führer des

in ländlicher Weise

die Einstellung der

den Staat

dar und verlange, daß die Deutschen als Gleichberechtigte des Staates, dem sie angehören, behandelt werden müssen.

Die Deutschen würden auf kein Recht verzichten, das ihnen auf Grund des staatlichen und internationalen Rechts zustehe. Sie forderten vor allen Dingen auch die Befreiung der Hebrerzeugung, die sich der Aufständlichenverband annahme. Das größte Verbrechen, das gegenüber der Minderheit verübt worden ist, sei der Kampf gegen die Minderheitsparteien, die mit Mitteln, die jedes geistliche Empfinden verletzen, geführt werde.

Abgeordneter Koranyi, der nächste Redner, unterzog das jetzige Regierungssystem unter der Bojewojski Branzynski einer vernichtenden Kritik und himmelte den Ausführungen des Senators Dr. Pant im wesentlichen zu.

in

in

in

in

in

in

in

in